

Gedenkveranstaltung anlässlich des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer

im Landtag am 13. November 2014



Landtag von
Baden-Württemberg

Gedenkveranstaltung anlässlich des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer

im Landtag
(Plenarsaal im Kunstgebäude in Stuttgart)
am 13. November 2014

Herausgeber

Landtag von Baden-Württemberg
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Bildnachweis

Andreas Kaier
Dr. Markus Rösler MdL

Internet

www.landtag-bw.de

© 2014

Landtag von Baden-Württemberg



Landtag von
Baden-Württemberg

Inhalt

6 Programm

8 Rede

Guido Wolf MdL

Präsident des Landtags von Baden-Württemberg

18 Festansprache

Werner Schulz

Bürgerrechtler

40 Fotoimpressionen

Programm

Impressionen vom Tag des Mauerfalls

Videopräsentation von Ausschnitten aus SWR-Fernsehbeiträgen

Rede

Guido Wolf MdL

Präsident des Landtags von Baden-Württemberg

Musik

Mahela Reichstatt, Klavier

Franz Schubert (1797–1828), Klavierstück Nr. 3 „Allegro“
aus den drei Klavierstücken opus post. D 946

Festansprache

Werner Schulz

Bürgerrechtler

Musik

Mahela Reichstatt, Klavier

Marius Müller-Westernhagen (*1948),

Intro zum Lied „Freiheit“

(arr. Christian Steinhäuser)

Gespräch mit Dr. Martin Hoffmann

Im Anschluss an die Feier schildert der heute in Karlsruhe lebende Dr. Martin Hoffmann im Gespräch mit einer Schülergruppe seine Lebens- und Leidenserfahrungen als Widerstandskämpfer in der DDR.

Fotodokumentation

Unter dem Motto „Der Fall der Mauer – drei Nächte live dabei“ werden im Rahmen der Gedenkveranstaltung im Foyer des Kunstgebäudes Fotos gezeigt, die der Abgeordnete Dr. Markus Rösler im November 1989 in Berlin aufgenommen hat.

Rede

Guido Wolf MdL

Präsident des Landtags von Baden-Württemberg



**Sehr verehrter, lieber Herr Schulz, liebe Frau Schulz,
Herr Ministerpräsident Kretschmann,
meine Damen und Herren der Landesregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtags,
liebe im Jahr 1989 amtierende Mitglieder der Landesregierung
und des Landtagspräsidiums!**

**Namentlich begrüße ich Herrn Minister a. D. Mayer-Vorfelder,
Herrn Landtagspräsident a. D. Schneider, Herrn Landtagspräsident
a. D. Straub, Herrn Staatssekretär a. D. Schlauch sowie die liebe
Frau Exkollegin Christa Vosschulte.**

Und natürlich:

Liebe Gäste aus dem ganzen Land Baden-Württemberg!

Zunächst herzlichen Dank dem Südwestrundfunk für diese Videogeschichtsstunde in vier Minuten zur Einstimmung. Herzlichen Dank ebenso unserem Kollegen Dr. Rösler für die Fotosequenzen auf den Bildschirmen in der Eingangshalle als „visueller Aperitif“ – alles Bilder, die er selbst am 9. November 1989 in Berlin aufgenommen hat.

Viele der Filmstücke und Schnappschüsse sind historische Dokumente. Die Motive haben wir oft gesehen, und doch ziehen sie uns jedes Mal neu in den Bann – mit der Gefahr freilich, dass sie unsere Wahrnehmung buchstäblich fesseln, dass nicht Abgebildetes, weil nicht Abbildbares, vom Erkennen ausgeschlossen bleibt.

Kurt Tucholsky schrieb einst – wie ich finde, mahnend –:

„Es gibt hunderttausend Fotografien, die den besten Schilderer übertreffen – das ist die Regel. Es gibt Beschreibungen, die die Bilder übertreffen – aber das ist selten.“

Wir erleben heute eine dieser seltenen Ausnahmen – auch dank einer unverwechselbar profilierten Persönlichkeit, dank Ihnen, lieber Herr Schulz, und Ihrer lieben Gattin. Ich begrüße Sie herzlich im Landtag von Baden-Württemberg und heiße Sie in Stuttgart willkommen.

Wir freuen uns sehr, und wir wissen es zu schätzen, dass Sie mit uns „25 Jahre Mauerfall – 25 Jahre friedliche Revolution in der DDR“ feierlich begehen, vier Tage nach dem 9. November. Sie haben mir berichtet, Sie seien in den letzten Wochen häufig in dieser Sache als Zeitzeuge unterwegs gewesen, und das sei heute im Reigen der Veranstaltungen der letzte Termin. Dass dies bei uns in Stuttgart, in Baden-Württemberg, stattfindet, darüber freuen wir uns mit Ihnen gemeinsam. Wenn nicht bei diesem Schicksalsdatum, wo dann ist der „Epilog“ eines Jubiläums der „Prolog“ unserer Zukunft?

Sie, lieber Herr Schulz, werden uns zeigen, dass wir trotz aller Bilder das Beeindruckende einer außergewöhnlichen Schilderung brauchen:

- damit wir, die Zuschauer von einst, die Gesinnung, die Gemütslage, sprich die wahren Triebkräfte wenigstens ansatzweise nachempfinden können;
- damit wir begreifen, warum der Freiheitswille und der Wunsch nach Demokratie gesiegt haben;
- damit uns bewusst wird, was wir ideell bewahren müssen, nämlich den Antrieb, der Menschen stark genug machte – über den kantischen Grundgedanken hinaus –, den Ausgang aus einer unverschuldeten Unmündigkeit zu suchen und ihn – im übertragenen Sinn wie buchstäblich – auch durchzusetzen.

In Ihnen, lieber Herr Schulz, wuchs seit 1968 – seit Ihrem ersten Engagement in Oppositionsgruppen – jenes sperrige Aufbegehren gegen Indoktrination, Bevormundung und Willkür, das 1989 immer mehr Bürgerinnen und Bürger der DDR dazu brachte, sich nicht mehr wegzuducken, sich nicht mehr zu verstecken, ihre Rechte und Lebenschancen einzufordern, sich dem real existierenden Sozialismus offen zu verweigern.

Sie können einen authentischen Eindruck vermitteln von jenem Geist, der sich gleichermaßen in einem Höchstmaß an Zivilcourage wie in einem durch nichts zu frustrierenden Durchhaltewillen äußerte, vom Geist der Montagsdemonstrationen, der Friedensgebete, der leuchtenden Kerzen, der Mahnwachen, von jenem Geist, der am 9. Oktober 1989 in Leipzig 70 000 nicht furchtlose, aber ihre Furcht überwindende Menschen befähigte, allein durch Entschlossenheit die Übermacht der Staatsorgane in Ohnmacht zu verwandeln und dem SED-Regime so gewaltfrei das Rückgrat zu brechen.

Sie, lieber Herr Schulz, Jahrgang 1950, sind Diplom-Ingenieur der Lebensmittelchemie und Lebensmitteltechnologie. Sie arbeiteten als wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt-Universität zu Berlin, bis Sie 1980 wegen Ihrer Kritik am Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan entlassen wurden. 1981 gründeten Sie den „Pankower Friedenskreis“. 1989 zählten Sie zu den Mitbegründern des „Neuen Forums“ und dann zu dessen Vertretern am „Zentralen Runden Tisch“. Im März 1990 schließlich die erste freie Volkskammerwahl: Sie wurden Abgeordneter und Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ab Oktober 1990 gehörten Sie bis 2005 dem Bundestag an, von 2009 bis zum Sommer dieses Jahres dem Europäischen Parlament.

Sie waren nicht nur 1989/1990 ein Gesicht der friedlichen Revolution; Sie sind es – obschon an Kopfhaut und Bart leicht ergraut – wie kaum ein Zweiter geblieben. Für diese Gedenksitzung gilt damit auf sehr spezifische Weise, dass der Gast eines Hauses auch dessen Zierde sein kann. Denn ein paar hundert Meter Luftlinie von hier zerschlug württembergisches Militär am 18. Juni 1849 die aus der Frankfurter Paulskirche nach Stuttgart „emigrierte“ Nationalversammlung – kein Ruhmesblatt unserer Geschichte. Das heißt: Sie, lieber Herr Schulz, verschaffen zum einen dem bürgerlichen Freiheitswillen und Demokratiestreben heute Vormittag Genugtuung.

Zum anderen erweisen Sie der Badischen Revolution von 1848 die Reverenz, namentlich unserem früheren Kollegen Friedrich Hecker,

Mitglied der Zweiten Kammer der Badischen Ständeversammlung. Wie er später bekundete, hatte er fest daran geglaubt, dass sein Revolutionszug von Konstanz nach Karlsruhe als unaufhaltsam anschwellende Bürgerbewegung – so wörtlich – „keines Schwertstreichs und keines Schusses“ bedürfe, sondern dass ein breit unterstützter – wieder wörtlich – „wahrer Festzug“ daraus würde.

Der Unrechtsstaat DDR schreckte im Herbst 1989 vor dem finalen Unrecht zurück – wohl auch, weil er kein Plazet aus Moskau dazu besaß. Das darf uns aber nicht veranlassen, milder über das SED-Regime zu urteilen, genauso wenig übrigens wie die letzten, fast skurrilen Bilder seiner Führungsfiguren, die seine Auszeichnung widerspiegelten.

Nein, in der DDR diente das geschriebene Recht dem Unrecht. Gesetze waren Instrumente der Unterdrückung. Der Einzelne hatte keinen effektiven Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte. Es gab kein Verfassungsgericht, keine Verwaltungsgerichte, noch nicht einmal eine geschützte Privatsphäre. Die Menschenwürde ist antastbar gewesen. Willkür zählte zur Staatsräson. Die natürliche und naturrechtliche Freiheit war verbrecherisch begrenzt – nicht nur nach außen, aber da tödlich durch Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl.

Das alles dürfen wir nicht vergessen – um der Opfer willen: der Opfer an der mörderischen Grenze, der Opfer in den Kerkern, der vom System Drangsalierten. Dem Vergessen wehren müssen wir aber ebenso um unserer selbst willen. Schon das Unrecht zu relativieren bedeutet, sich zu disqualifizieren – auch weil wir – oft mühsam, ja widerstrebend – einzusehen hatten, dass nicht jedes Unrecht als justiziable Straftat angesehen werden konnte.

Positiv gesagt: „25 Jahre Mauerfall – 25 Jahre friedliche Revolution in der DDR“ sind eine Aufforderung an alle Bürgerinnen und Bürger, sich nicht nur als Nutznießer, sondern als Trägerinnen und Träger unserer Freiheit, unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats zu verstehen. Die Freiheit zur Selbstverwirklichung und die Freiheit zur Mitverantwortung, beides muss – und zwar komplementär – wahrgenommen werden. Freiheit ist keine Lizenz zum Rosinenpicken. Weder mit dem selbstgenügsamen Diogenes und seinen materiell meist nicht so bescheidenen neuzeitlichen Jüngern lässt sich der Staat unseres Grundgesetzes machen noch mit zynisch-freischwebenden Finanzjongleuren des „Sekundenhandels“. Unsere politische Aufgabe besteht darin, Menschen von Kindesbeinen an für die individuelle wie für die gemeinschaftsbezogene Dimension der Freiheit zu befähigen und zu ermutigen.

In Diktaturen werden die Bürgerinnen und Bürger entmündigt. In der Demokratie müssen sie aufpassen, dass sie das nicht selbst tun – durch Beliebigkeit, durch Gleichgültigkeit, durch Desinteresse, durch „einfach Spaß haben“ als erstem Existenzzweck. Freiheit gibt keine Glücksgarantie. Freiheit möchte insoweit nur die Zusage sein, dass jede und jeder die Chance hat, die persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln und demokratisch mitwirken zu können. Für diese Zusage bürgen jedoch wir in den Parlamenten und Regierungen: mit der Politik, die wir konkret machen, und mit dem Menschenbild, von dem wir ausgehen.

Und da sollte uns die Erfahrung leiten, dass es falsch ist, Menschen zu überfordern, dass es jedoch ebenso falsch ist, nichts von ihnen zu erwarten.

Die Sprache täuscht: Wir sind frei. Aber Freiheit ist kein bloßer Zustand, sondern ein aktiver Modus. Freiheit liegt im Urteilen und im entsprechenden Tun oder Verzichten.

Das Tun findet zwangsläufig im Wettbewerb statt. Wettbewerb ist eine Erscheinungsform der Freiheit. Anders gesagt: Freiheit in der Gesellschaft und Freiheit in der Wirtschaft – sie gehören zusammen. Wer eine freiheitliche Gesellschaft möchte, muss auch Markt und Wettbewerb wollen. Eine Gesellschaft, in der das Dogma der Gleichheit herrscht, erstarrt und verkrustet. Deshalb dürfen wir „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“ nicht synonym verwenden.

Aber das ist bloß die Hälfte. Ebenso müssen wir dafür eintreten, dass die Bürgerinnen und Bürger in mehr vertrauen können als in Justiz, Polizei, Verwaltung und die klassischen Institutionen. „Gute Regierungsführung“ ist notwendig, aber nicht ausreichend. Nimmt gegenseitiges Überlisten als geschäftliche und soziale Erfolgsformel überhand, zerfällt eine Gesellschaft. Nachhaltig entwickeln kann sie sich nur, wenn Integrität, Zuverlässigkeit, „Treu und Glauben“ erkennbar hochgehalten werden – beginnend in Wirtschaft und Politik.

Wir alle kennen Theodor Adornos Satz: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“ Ich denke, wir sollten ihn auch umgekehrt lesen: als Aufruf, in einer freien Gesellschaft kein falsches Leben im richtigen zu führen! Rechtschaffenheit – dieser schöne und wörtlich genommen sehr plastische Begriff ist in unserem Wortschatz und damit in unserem Alltag oft ein Stück weit nach hinten durchgereicht worden: als zu sperrig, als zu wenig gewieft. Genau deswegen jedoch – genau wegen dieser unbequemen Assoziationen – kündigt er von etwas Entscheidendem, nämlich davon, dass Freiheit nicht von Charakterfestigkeit dispensiert.

Auch in einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen erscheint es meist anstrengend, gegen den Strom zu schwimmen, an Grundwerten, Überzeugungen, ja Idealen festzuhalten, sie nicht opportunistisch preiszugeben. Und, keine Frage: Gerade in einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen grenzt es bisweilen an Selbstschädigung, Redlichkeit zu praktizieren. Aber wie mikroskopisch klein sind solche

„Strapazen“ verglichen mit dem, wozu diejenigen bereit und fähig waren, die vor 25 Jahren durch die friedliche Revolution in Polen, der Tschechoslowakei und der DDR den waffenstarrenden Ostblock aus den Angeln gehoben, die so die Welt epochal verändert und als Inbegriff am Abend des 9. November 1989 ab 19 Uhr die Berliner Mauer in eine „Kletterwand“ verwandelt haben.

Politisch und gesellschaftlich erhält sich Freiheit dadurch, dass auf dem Fundament fester Überzeugungen kontrovers diskutiert wird. Ruhe ist nicht erste Bürgerpflicht! Und wir alle können im eigenen Umfeld – in Behörden, Unternehmen, Vereinen – dazu beitragen, ein dafür gedeihliches Klima zu pflegen, also ein Klima, in dem Meinungsvielfalt und Widerspruch nicht lediglich geduldet werden, sondern erwünscht sind, ein Klima der intellektuellen Toleranz. Und: „Toleranz ist“ – ein zweites Mal mit Worten Tucholskys gesagt – „der Verdacht, dass der andere Recht hat.“

Oder pro domo gesprochen: Wenn Parteien und Parlamentsfraktionen positiv streiten, deutet das nicht auf Fehler in der politischen Praxis oder gar in unserem freiheitlichen System hin, sondern darauf, dass unsere Demokratie lebt. Die Geringachtung der Parteien in der Weimarer Republik spielte erwiesenermaßen den Nazis in die Hände. Trotzdem tauchen immer wieder Verkäufer simpler Lösungen auf, die damit ihr „Süppchen kochen“, dass sie schlicht negieren, wie diffizil die Entscheidungsprozesse in unserer hochkomplexen Welt zwangsläufig sind. Freiheit ist aber keine Konzession für Populisten, Demagogen oder gar Hetzer! Ihnen auf den Leim zu gehen hieße zu kapitulieren, hieße, sich der Freiheit nicht als würdig zu erweisen. Freiheit lebt davon, dass Menschen – dass wir – nicht kapitulieren, weder vor Problemen – und seien sie noch so groß! – noch vor Dämonen – und seien sie noch so mächtig!

Das Gelingen der friedlichen Revolutionen vor 25 Jahren ist auch ein Sieg für all jene gewesen, die in unserer Geschichte als Einzelne, als

Gruppe oder als Partei Unfreiheit, Unrecht und Willkür die Stirn geboten haben, die mit voller Konsequenz standhaft geblieben sind.

Einen dieser Einzelnen haben wir unter uns: Sie, Herr Dr. Hoffmann. 1950 leisteten Sie als 20-jähriger Student in ihrer sächsischen Heimat Widerstand gegen die Menschenrechtsverletzungen des DDR-Regimes. In der Folge wurden Sie aus Ihrem Alltag heraus von der Staatssicherheit verhaftet, an die Rote Armee ausgeliefert, wegen „antisowjetischer Hetze“ zunächst zum Tode verurteilt, dann zu dreimal 25 Jahren Arbeits- und Besserungslager „begnadigt“ und nach Workuta verschleppt. Nach drei Jahren Sklavenarbeit sind Sie 1955 in die Bundesrepublik entlassen worden. In Karlsruhe fanden Sie eine neue Heimat.

Der Zufall wollte es, dass Sie den 9. November 1989 in Berlin miterlebt haben. Ihre Gefühle an diesem Abend, die Empfindungen, die Sie sicher zu Tränen gerührt haben – wir können sie nicht einmal erahnen. Umso dankbarer sind wir Ihnen, dass Sie den für Sie beschwerlichen Weg zu uns auf sich genommen haben, um anschließend Schülerinnen und Schülern der Kaufmännischen Schule Heidenheim Ihre Lebens- und Leidenserfahrungen weiterzugeben. Auch Sie, Herr Dr. Hoffmann, vermitteln, was Bilder nicht wirklich sagen können. Herzlichen Dank dafür.

9. November 1989 – der wohl glücklichste Tag zumindest unserer jüngeren Geschichte, einzigartig für alle, die ihn erlebt haben. Es gibt nur eines, was dem Miterleben emotional gleichkommt – und das ist, am 9. November 1989 geboren worden zu sein, so wie unsere charmante musikalische Mitgestalterin heute Vormittag, so wie Sie, Frau Mahela Reichstatt. Auch an Sie ein herzliches Willkommen!

Was der 9. November nicht nur Ihnen, sondern uns allen ins Stammbuch geschrieben hat, lässt sich nicht besser sagen als mit Mahatma Gandhis Postulat:

„Sei du selbst die Veränderung, die du dir wünschst für diese Welt!“

Das gilt überall. Auch bei uns in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

Festansprache

Werner Schulz
Bürgerrechtler



**Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident –
lieber Winfried Kretschmann –,
meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Landauf, landab wurde in den letzten Tagen und Wochen fast bis zum Überdruß an die Ereignisse vor 25 Jahren erinnert: als Mauern fielen und der Eiserne Vorhang verschwand, der sich mittlerweile so harmlos anhört, als sei dies die Sicherheitsvorrichtung eines großen Staatstheaters gewesen. Doch es war kein Deus ex Machina, sondern eine Erhebung im Osten Europas, die das Ende der Teilung Deutschlands, Europas und des Kalten Krieges erzwang. Es war die Zeit, als Politbüros und Zentralkomitees kommunistischer Parteien wie Kartenhäuser zusammenbrachen, Regierungen stürzten, politische Systeme und letztlich ganze Staaten verschwanden.

„Ein Jahrhundert wird abgewählt“ überschrieb der britische Historiker Timothy Garton Ash damals seinen Bericht aus den Zentren Mitteleuropas – ein Jahrhundert der Extreme.

Es war das Annus mirabilis, das Wunderjahr, als vielen der Mund offen blieb und man das Wort Waaaaahnsinn freudetrunken mit fünf a schrieb – nicht wie heute, wo uns der normale Wahnsinn in seiner schrecklichsten Form erreicht, wenn wir die schlimmen Bilder aus der Ostukraine, aus Syrien und aus Kobane sehen.

1989 war das Jahr, in dem sich die Ereignisse überstürzten, die Realität die Fantasie überholte. Jeder, der heute behauptet, er hätte kommen sehen, was geschah, lügt oder biegt sich die Geschichte zurecht.

Helmut Kohl hat uns gerade und offenbar nicht ganz freiwillig wissen lassen, er hätte das geahnt; denn die DDR sei pleite gewesen. Es sei falsch, so zu tun, als wäre da plötzlich der Heilige Geist über die

Plätze in Leipzig gekommen und hätte die Welt verändert. Die Vorstellung, die Revolutionäre im Osten hätten in erster Linie den Zusammenbruch des Regimes erkämpft, sei einem Volkshochschulhirn entsprungen.

Bedauerlicherweise spricht da die Bitterkeit eines Mannes, der plötzlich vom Sockel des Kanzlers der Einheit gerissen wurde und heute uneinsichtig im Schatten des Denkmals vom unbekanntem Spender steht. Leider betreibt er mit solchen Herablassungen die Selbstbeschädigung seiner Verdienste um die deutsche Einheit, die er zweifellos hat.

Dass der demokratische Aufbruch als Systemzusammenbruch verkannt wurde, erklärt allerdings, warum so viele Gestaltungschancen im Zuge der deutschen Einheit verpasst und verpatzt wurden. Im Bonner Kanzleramt hatte man nicht die Wiedervereinigung auf dem Schirm, sondern plante den Gegenbesuch zum Staatsbesuch von Erich Honecker von 1987 und damit die faktische Anerkennung der DDR. Niemand war auf die revolutionäre Situation und ihre Folgen vorbereitet.

Zwar betrieb Infratest, wie unlängst zu erfahren war, über Jahrzehnte eine akribische Meinungsforschung zur Stimmungslage in der DDR. Die Bundesrepublik hatte sogar ein Ministerium für innerdeutsche Fragen, nur keines für gesamtdeutsche Antworten.

Und in der DDR existierten ganze Bibliotheken pseudowissenschaftlicher Literatur, die den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus beschrieben, aber leider nicht, wie man von dort zurückfindet.

Doch der epochale Umbruch 1989 war kein spontanes Ereignis, kein plötzlicher Zusammenbruch, sondern hatte eine lange Vorgeschichte. Kurzgefasst könnte man sagen: Was lange gärt, wird Mut. Denn Bürgermut gehörte dazu, im Herbst 1989 auf die Straße zu gehen,

um gegen Unfreiheit, Bevormundung, Willkür, Lüge und gegen ein bis an die Zähne bewaffnetes Regime zu demonstrieren.

Die kommunistischen Staaten Osteuropas sind nicht zusammengebrochen oder implodiert. Ohne den Bürgeraufstand in den Ländern des Ostblocks, ohne das mutige Aufbegehren hätte es das Ende dieser Diktaturen niemals gegeben. Gesellschaften brechen nicht einfach zusammen; das zeigen China, Nordkorea oder Kuba. Revolutionen vollziehen sich nicht im Selbstlauf. Sie ereignen sich – wie Lenin bei Marx abgeschrieben hat – immer dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen, wenn Menschen rebellisch werden und den Mut fassen, etwas zu tun und zu wagen, wozu sie lange nicht bereit waren.

In der DDR wechselte vor 25 Jahren die Angst die Seite, bekamen es plötzlich die mit der Angst zu tun, die jahrelang Angst verbreitet hatten. Es war der späte und entscheidende Moment einer fortwährenden Auseinandersetzung mit dem kommunistischen System und seiner inneren Zerrüttung. Den unter Stalin gegründeten Ostblockstaaten hat es von Anbeginn an demokratischer Legitimation gefehlt. Deswegen standen die Forderungen nach Freiheit und Selbstbestimmung im Mittelpunkt der Ereignisse, hofften viele darauf, 1989 auch in Mittel- und Osteuropa die Verwirklichung der Ideale von 1789 zu erleben: einen dauerhaft stabilen Rechtsstaat mit der Garantie von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Nicht der Wunsch nach Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse, sondern vor allem die Überwindung unfreier politischer Verhältnisse waren Kern und Ziel der Proteste. Insofern fand die wahre und folgenreiche Gedenkfeier des 200. Jahrestags der Französischen Revolution nicht in Paris, sondern 1989 im Osten Europas statt.

Sicher, die KSZE, die Entspannungspolitik, die russischen Dissidenten, KOR, die Charta 77, Solidarność, der polnische Papst, Gorbatschow, die Bürgerrechtler, das „Neue Forum“, die Grenzöffnung in

Ungarn – das alles hat eine Rolle gespielt. Wobei – das sei an dieser Stelle der Legendenbildung zum Trotz gesagt – heute viele übersehen, dass Gorbatschows Reformpolitik nicht nur aus freien Stücken und gutem Herzen kam. Seine Machtübernahme war bereits ein Ergebnis der tiefen Systemkrise.

Als sich im Frühjahr 1989 die ruhmreiche Rote Armee geschlagen aus Afghanistan zurückzog, waren die Grenzen der militärischen Intervention deutlich geworden. Trotzdem versuchte Gorbatschow noch Anfang 1991, die Unabhängigkeitsbewegungen in Litauen und Lettland mit Gewalt zu stoppen. 14 Menschen wurden am „Blutsonntag“ in Vilnius von russischen Panzern zerquetscht. Ein Wegbereiter der deutschen Einheit, wofür er heute gefeiert wird, war er allenfalls wider Willen. Die Standpauke, die er am 8. Oktober 1989 dem SED-Politbüro hielt, hatte nicht die Öffnung der Mauer zum Inhalt, sondern die Mahnung, sich seiner Reformpolitik anzuschließen. Mit Glasnost und Perestroika wollte Gorbatschow das System stabilisieren und nicht den Warschauer Pakt und die Sowjetunion auflösen. Das erklärt auch heute sein Verständnis für Putins aggressive Großmachtpolitik. Er war vom Mauerfall genauso überrascht wie alle anderen Großpolitiker dieser Welt. Dass er dennoch die deutsche Einheit zugelassen hat, dafür gebührt ihm nach wie vor Dank.

Doch der gewaltlose Ablauf war nicht vorgesehen. Im Gegenteil! Mit Internierungslagern für 85 000 Menschen war alles auf den Ausnahmezustand vorbereitet, um eine Wiederholung des 17. Juni im Keim zu ersticken. Und selbst als alles gelaufen war, die Grenze schon offen war, gab es den erneuten Versuch, die in der DDR stationierte Rote Armee zu provozieren. Plötzlich tauchten am 28. Dezember 1989 nationalistische und antisowjetische Schmierereien am Treptower Ehrenmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten in Berlin auf. Die Täter blieben im Dunklen. Indizien deuteten darauf hin, dass es die Stasi selbst war. Eine Spur führte nach Dresden, woher der neue Ministerpräsident kam, der die Stasi als Amt für Nationale Sicherheit

erhalten wollte. Der Dresdner KGB-Chef Putin ließ alle Akten verbrennen, und der Dresdner Stasi-Chef Böhm nahm sich im Februar 1990 das Leben, sodass wir die Wahrheit wohl nie erfahren werden.

Die SED/PDS trommelte am 3. Januar 1990 eine große Demonstration von über 200 000 Genossen zusammen, um die angeblich faschistische Gefahr zu bannen. Im Fackelschein warnte der neue Vorsitzende Gysi vor einer Rückkehr des Faschismus, der durch die einströmenden Neonazis aus dem Westen – weil der „Antifaschistische Schutzwall“ gefallen war – und aus dem dort ewig fruchtbaren Schoßkäme. Es war und ist dieser verlogene Antifaschismus, der uns den 17. Juni als faschistischen Putsch einredete, die Mauer zum „Antifaschistischen Schutzwall“ verklärte und heute den demokratischen Aufbruch in der Ukraine als faschistische Revolte diffamiert.

Dabei haben die vielen auf dem Kiewer Maidan wochenlang in klirrender Kälte friedlich ausgeharrt, um die Rückkehr nach Europa und ein Ende der Korruption zu fordern. Leider mussten wir sehen, dass es auch anders kommen kann, als wir es in Deutschland erlebt haben, dass Hände, die Kerzen gehalten und mit Begeisterung die Europafahne geschwenkt haben, zur Selbstverteidigung auch Steine und Molotowcocktails werfen können.

Die frühen Warnungen des unlängst verstorbenen Philosophen Wolfgang Leonhard belegen, dass die DDR von Anfang an eine Lüge mit drei Buchstaben war. Keine Deutsche Demokratische Republik – denn dafür fehlte sowohl die nationale als auch die demokratische Legitimation –, sondern genau betrachtet standen die drei Buchstaben für ein „Demagogisches Diktatur-Regime“.

Gemessen an Hannah Arendts Postulat – hier gibt es ja profunde Kenner –, dass der Sinn von Politik Freiheit ist, fehlte diesem Staat von Anbeginn und auf Dauer die Sinnggebung.

Bereits die erste Wahl zur Volkskammer 1950 war eine Farce und dreiste Fälschung. Die Leipziger Studenten Herbert Belter, Gerhard Rybka und Axel Schroeder, die dagegen mit Flugblättern protestierten, wurden zum Tode verurteilt und 1951 in Moskau hingerichtet. Ihr mutiger Widerstand gegen die zweite totalitäre Diktatur auf deutschem Boden ist vergleichbar mit dem, was Hans und Sophie Scholl taten – nur dass wir diesen antikommunistischen Widerstand kaum kennen und er längst nicht denselben Stellenwert in unserem Geschichtsbeusstsein gefunden hat.

Ich erwähne das, weil 1989 die routinemäßig gefälschte Kommunalwahl – dieses unglaublich lächerliche Zettelfalten – der Ausgangspunkt anschwellender Proteste war.

Zweifellos befand sich die DDR auch wirtschaftlich in einer angespannten Lage, nicht vor dem Zusammenbruch. Wie lange das noch hätte dauern können, war am Zustand von Rumänien abzulesen. Das belegt ein Papier von Gerhard Schürer, dem Chef der Staatlichen Plankommission, das als „Geheime Verschlussache“ verteilt wurde und im Dezember vernichtet werden sollte. Danach waren Industrie und Infrastruktur stark verschlissen, sollte der Konsum um 30 Prozent reduziert werden und alles zu Devisen „umgerubelt“ werden, was nicht niet- und nagelfest war.

Doch nicht nur der Ausverkauf der Substanz, sondern vor allem der Verlust von Humankapital, die Abstimmung mit den Füßen, war katastrophal. So wurde das Kopfsteinpflaster Leipziger Straßen – säuberlich gewaschen – nach Aachen verkauft. In Leipzig lief dafür der Spruch: „Ich wollt', ich wär' ein Pflasterstein, dann könnt' ich schon im Westen sein!“

Sie sehen, diese Art von Humor war nicht nur 1989 vorhanden.

Ohne den Mut der Ostdeutschen hätte es die Wiedervereinigung nicht gegeben. Der kleinere, bedrängte Teil unseres Volkes hat für

das Ganze Geschichte geschrieben. Aus den Rinnalen von Bürgerrechtsgruppen erwuchs im Zusammenhang mit denen, die das Land verlassen wollten, der breite Strom einer Bürgerbewegung, nahm die Zahl der Bürger in einem Land ohne Bürgerrechte unaufhörlich zu. Wahr ist aber auch: Nicht alle waren daran beteiligt. Etliche haben es als Konterrevolution betrachtet, argwöhnisch verfolgt und noch heute die Faust in der Tasche. Doch letztlich war der lange Atem der Opposition stärker als der lange Arm der Stasi.

Der enorme Druck und Freiheitswille in der DDR hat zum Durchbruch der Angst- und Schweigemauer und letztlich der Berliner Mauer geführt. Es war nicht mehr die eigenständige Entscheidung der SED-Führung, sondern eine erzwungene. Die SED lief der Entwicklung hinterher. Mir hat damals ein SED-Funktionär erzählt, dass er seine für den Sonderparteitag vorbereitete Rede fünfmal umschreiben musste, um sie der aktuellen Lage anzupassen. Darum war der Mauerdurchbruch nicht nur das Versehen eines schusseligen Politbüromitglieds und seiner gestammelten Worte: „Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“ Ohne den 7. Oktober 1989, die große Leipziger Montagsdemonstration, hätte es den 9. November 1989 in Berlin nicht gegeben und nicht den 3. Oktober 1990. Ohne die gesteigerte Bereitschaft, auf die Straße zu gehen, hätte es den Andrang an den Grenzübergängen nicht gegeben, wäre die frisch errungene Freiheit nicht sofort getestet und die Selbstbefreiung vollendet worden.

In der Terminologie Lenins, des Altmeisters der organisierten Revolution, war das eine Revolution neuen Typs: eine Revolution ohne Gewalt, ohne theoretisches Konzept und ohne Avantgarde, der gleichzeitige Aufbruch etlicher Oppositionsgruppen ohne Drahtzieher und Rädelsführer. Wenn es einen Anführer gab, dann war es die Stadt Leipzig – keine „Heldenstadt“, eine nach Sowjetkultur klingende Übertreibung. Vielleicht erkennt man die Helden eher daran, dass sie keine sein wollen.

Es war eine Revolution, bei der Kerzenwachs und kein Blut floss, Demonstranten Transparente statt Waffen in den Händen hielten, kein Sturm auf die Bastille erfolgte, sondern die gewaltfreie Besetzung der Stasizentralen, die Akteure nicht auf die Barrikaden gingen, sondern an die runden Tische, dem Sturz der Nomenklatura kein Wohlfahrtsausschuss und kein „Thermidor“ folgten, sondern frei gewählte demokratische Parlamente.

Der friedliche Ablauf entfaltete eine enorme zivilisatorische Kraft, die im Dominoeffekt ein totalitäres System mit seiner verquasteten Ideologie zum Einsturz brachte. Vom „Runden Tisch in Polen“, der friedlichen Revolution in der DDR, der samtene in der CSSR bis zur singenden im Baltikum war dies ein eindrucksvoller Beitrag zur Bürgergesellschaft, das Erringen von Freiheit und Bürgerrechten, ohne dass dafür andere Menschen geschlachtet wurden. Das haben die Völker Osteuropas selbst bewerkstelligt, nicht die Großpolitiker dieser Welt.

Die friedliche Revolution war aber im Kern auch eine protestantische Revolution. Denn der bahnbrechende Ruf „Keine Gewalt!“ ist die prägnanteste Zusammenfassung der Bergpredigt, der revolutionärsten Stelle im Evangelium. Ausgerechnet im Müntzer-Jahr, das Erich Honecker Anfang 1989 anlässlich des 500. Geburtstags des Reformators mit der Verkündung einleitete, dass die Mauer noch in 50 oder 100 Jahren stehen werde, sollte das Monstrum fallen – allerdings nicht durch das Gewaltrecht des Guten, das Müntzer predigte, sondern eher durch den zivilen Widerstand im Sinne Bonhoeffers und des Gründungsmotivs der DDR-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“.

Überwiegend waren evangelische Kirchen das Basislager der Revolution, nie Gewerkschaftsgebäude, Rat- oder Kulturhäuser oder Universitäten. Von den Friedensgebeten, die sich oft zu Bürgerforen ausweiteten, ging es direkt auf die Straße – mit einer Mischung aus

entschlossenem Ernst, protestantischem Gestus und geradezu entwaffnender Vernunft und Disziplin, welche die Aggressionsgefahr gebannt hat.

Zugleich war es auch eine humane Revolution. Die alte Machtelite kam weitgehend ungeschoren davon. Die SED verlor ihre führende Rolle, ohne dass dafür Köpfe rollten. „Stasi in die Produktion, nicht in die Koalition“, hieß die Devise. Die SED rettete sich und ihr Vermögen. Heute fordert die Linke zu Recht Schadensersatz von Bankern und Spekulanten, ohne der Logik zu folgen, dass Gleiches auch für die Verantwortlichen eines Staatsbankrotts zutrifft.

Es ist höchste Zeit, die Wende – diese von Egon Krenz erfundene Rettungsformel – durch den Begriff der friedlichen Revolution zu ersetzen. Auf die Straße gingen nicht die Fans von Egon Krenz. Sein Gesicht, das noch im Sommer die chinesische Lösung androhte, wurde zur Karikatur mit der Unterschrift: „Großmutter, warum hast du so lange Zähne?“ und sein Name zu ironischen Forderungen wie „Auflösung der Krenz-Truppen“ oder „Blumen statt Krenze“, wahlweise mit K oder G geschrieben.

So richtig es ist, dass sich die Geschichte nicht wiederholt, so wahr ist es auch, dass die Vergangenheit oft zum Prüfstein der Gegenwart wird. Gerade erleben wir eine bizarre Diskussion über den Begriff „Unrechtsstaat“. Manche meinen, damit würde die DDR dämonisiert und man würde dem wirklichen Leben in diesem Staat nicht gerecht. Doch schon die Ablehnung und verschwiemelte Umschreibung dieses Begriffs reiht sich ein in die dummschlaue „Ostalgsi“, die Drei-V-Betrachtung der Vergangenheit: Verdrängung, Verklärung und Verharmlosung. Wurde nach der NS-Diktatur die Unfähigkeit zum Trauern festgestellt, trifft man heute nach der SED-Diktatur vor allem auf die Unwilligkeit des Sichinfragestellens. Oder was war ein Rechtsanwalt in einem Unrechtsstaat?

Es geht nicht darum, das Leben in der DDR zu entwerten, sondern darum, den Charakter des Systems zu benennen und diejenigen zu würdigen, die darunter gelitten und bürgerliche Standfestigkeit bewiesen haben.

Heute erleben wir eine DDR, die es so schön nie gegeben hat. Natürlich gab es auch anständiges Leben im falschen System. Doch das sollten wir sehr gut auseinanderhalten. Denn dort, wo die DDR vornehmlich als Erinnerung ihrer privaten Alltagsseiten fortlebt, verblasst häufig die Unrechtsnatur des Systems. Immer recht hatte – wie im Lied besungen – allein die Partei. Den Bürgern blieb nur die Möglichkeit von Eingaben, um wie im Feudalismus die Herrschenden darum zu bitten, dass kleine Ungerechtigkeiten, Mängel und Missstände beseitigt werden. Doch es war nicht nur die Willkür kleiner und großer Funktionäre, wie das jetzt nach 25 Jahren – welch irrer Erfolg parteiinterner Aufarbeitung! – in die Präambel eines Koalitionsvertrags Eingang finden soll, den, wie wir alle wissen, wichtigsten Teil eines solchen Vertrags.

Der Begriff „Unrechtsstaat“ ist keine Generalverdammungskeule, kein Gesslerhut oder Gesinnungs-TÜV oder was man sonst alles an kreativer Abwehr hören und lesen kann. Ich finde ihn treffend für einen Staat, der von einer Parteinomenklatura beherrscht wurde, der keine freien Wahlen zuließ, keine Gewaltenteilung, kein Verfassungsgericht, keine unabhängige Justiz und keine freie Presse hatte.

Er ist eher mild für einen Staat, der kollektive Freiheitsberaubung betrieb, um einen fragwürdigen Gesellschaftsentwurf an unterdrückten und eingesperrten Menschen umzusetzen; wo auf Republikflucht ohne Haftbefehl und Gerichtsurteil die Todesstrafe stand, die an der Grenze sofort vollstreckt wurde, wenn der Aufforderung, stehen zu bleiben, nicht Folge geleistet wurde; in dem man apodiktisch eine Weltanschauung verpasst bekam, ohne dass man sich die Welt anschauen konnte.

Nicht einmal die Gedanken waren frei in einem Staat, der eine alle Lebensbereiche überwachende Geheimpolizei und ein perfides Spitzelsystem unterhielt, der politische Gefangene – taxiert nach Alter und Qualifikation – wie Leibeigene in den Westen verkaufte, mit Zwangsadoption über ihre Kinder verfügte oder aufsässige Jugendliche in Jugendwerkhöfe steckte, der aus Prestige Gründen Sportler dopen ließ. Oder was muss man noch alles aufzählen, um einen Staat, der keine demokratische Legitimation hatte und in dem grobes Unrecht herrschte, als Unrechtsstaat zu bezeichnen?

Sicher, auch in der alten Bundesrepublik gab es lange Zeit umstrittene Einschränkungen und Verbote. Noch heute stoßen wir auf Ungerechtigkeiten. Nicht nur Bärbel Bohley musste erkennen, dass Rechtsstaat und Gerechtigkeit nicht identisch sind. Doch wer versucht, den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie, zwischen Unrechtsstaat und Rechtsstaat zu verwischen, als gäbe es nicht Schwarz und Weiß, und betont, die DDR sei nur grau gewesen, eine kommode Diktatur mit etlichen Errungenschaften, der versucht, das Geschichtsbild über ein totalitäres Regime zu retuschieren. Diesen Versuch hat es mit dem Hinweis auf den Bau von Autobahnen schon einmal gegeben – und Sie wissen, wie lange wir gebraucht haben, um diesen Irrtum auszuräumen.

Deswegen sollten wir dem Bundespräsidenten dankbar sein, dass er die Wertegrundlagen unserer offenen Gesellschaft verteidigt und die Relativierung von Unrecht nicht durchgehen lässt.

Der künftige Ministerpräsident von Thüringen fühlte sich, wie er sagte, als Christ missachtet – von einem evangelischen Pastor vor dem Altar mit brennender Kerze. Nun hat er bislang nicht gerade als Christ um Vertrauen geworben. Offenbar konnten ihm seine Genossen, die jetzt so vehement seine Herkunft betonen, auch nicht sagen, dass es ein Interview in der Gethsemanekirche war – einst Zentrum der friedlichen Revolution, die ihm die Karriere vom Gewerkschaftsfunktionär zum Fraktionschef der Linken ermöglicht hat.

Klar, er war nicht in der SED. Leider verschweigen das aber die meisten Biografien in seiner Fraktion. Sie lesen sich eher wie das Wunschbild der Linken: geboren im Wendeherbst, aufgewachsen an den runden Tischen, politisiert von den sozialen Ungerechtigkeiten und der Siegerjustiz der westdeutschen Annexion. Warum stehen sie nicht zu ihren Lebensläufen, die angeblich durch die deutsche Einheit entwertet wurden, und verantworten sich endlich dafür, dass es keine Stasi-, sondern eine SED-Diktatur war? Wir müssen endlich vom Schild und Schwert auf die Verantwortungsträger zu sprechen kommen.

Und was ist die christliche Botschaft, wenn man mit rotem Keil an der Jacke und Marx-Miniatur in die thüringische Staatskanzlei einziehen will? Ist das ironische Anspielung, Politfolklore oder Traditionsbekenntnis?

Der rote Keil über dem i der Linkspartei – viele wissen das nicht oder finden es belanglos – geht auf den russischen Maler El Lissitzky und sein Propagandaplakat „Schlagt die Weißen mit dem roten Keil“ zurück, was den Bolschewiki mit der Zerschlagung der bürgerlichen Gesellschaft, der Bauernschaft und der orthodoxen Kirche gelungen ist. El Lissitzky starb, noch bevor ihn die Säuberungen treffen konnten. Seine Frau und sein Sohn wurden nach Sibirien verbannt.

Heute erleben wir mit Putin und seinem völkischen Nationalismus die Folgen dieser roten Keile. Ich finde, 1920 konnte man das Symbol tragen, aber heute – 2014 – verbietet sich das.

Was Karl Marx anbelangt, kann man darüber streiten, ob Lenin und Stalin seine Ideen nur entstellt oder eher zur Kenntlichkeit gebracht haben. Marx hat das Gespenst des Kommunismus in die Welt gesetzt. Er, der rechthaberische Philosoph, der keinen Philosophen neben sich gelten ließ, war davon überzeugt, dass er das Entwicklungsgesetz der Menschheit gefunden hatte. Und weil ihm die Sache nicht schnell genug ging, hat er die Diktatur des Proletariats entworfen.

Deswegen darf man ihn von der Verantwortung für das, was in seinem Namen geschehen ist, nicht freisprechen. Es war eine brutale Idee. Für seine kommunistische Gesellschaft verlangte er den neuen Menschen. Der alte sei – ich habe Marx ausgiebig gelesen – „Kehricht“, „Gesindel“. „Das jetzige Geschlecht“ – so schrieb er – „hat nicht nur eine neue Welt zu erobern; es muss untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die einer neuen Welt gewachsen sind.“ Das durfte Stalin durchaus als Handlungsanleitung für seinen „Archipel Gulag“ verstehen und Ulbricht für sein Sozialismus- und Erziehungsexperiment hinter Mauer und Stacheldraht.

Stasichef Mielke motivierte seine Tschekisten gern mit Marx-Zitaten. Schon in den Statuten des Bundes der Kommunisten, die Marx und Engels verfasst haben, waren revolutionäre Wachsamkeit und die Eliminierung verdächtiger Subjekte und Klassengegner gefordert.

Ich weiß nicht, ob der nachlassende Geist der 68er zur milden Nachsicht auf die Wirkungsgeschichte des Kommunismus geführt hat. Als Weltanschauung war er jedenfalls ein großer Irrtum und in der praktischen Umsetzung ein großes Verbrechen. Aber als Traum von und Sehnsucht nach einer besseren Welt gehört er noch immer zum Repertoire von Demagogen.

Deswegen ist es mehr als ein Skandal, dass eine Partei, die um Vertrauen wirbt und angeblich das Grundgesetz achtet, eine kommunistische Plattform unterhält und neue Wege zum Kommunismus erkundet. Die Linkspartei ist nicht mehr die SED und keine totalitäre Bedrohung. Aber sie hat aus dem ökonomischen Fiasko, dem falschen Menschenbild und der falschen Sozialpolitik wenig gelernt. Nach wie vor gehört die Systemüberwindung zum Programm.

Gewiss, das wird in Thüringen nicht zu machen sein. Dort wird bei aller Sorge das christliche Abendland nicht untergehen; das versuchen im Moment ganz andere Fanatiker. Ich habe auch kein Problem damit, dass eine Koalition, die durch demokratische Wahlen zustande

kommt, letztlich zu akzeptieren ist, auch wenn ich sie falsch finde. Aber einige Fragen sollten im Voraus unmissverständlich geklärt werden. Was in Thüringen und den anderen ostdeutschen Bundesländern an Problemen bestand und noch abgetragen und geleistet werden muss, hat vor allem mit dem Erbe der SED-Diktatur und weniger mit den Verwerfungen infolge der deutschen Einheit zu tun. Unsere Zukunft entscheidet sich auch in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – und das ist keine Marotte von vergnatzten Bürgerrechtlern.

Die Spaltung Deutschlands, dieses Narrativ, lässt sich am besten über Geschichten erfahren. In der letzten Zeit konnte man auf allen Kanälen sehen und hören und in den Medien lesen, was Menschen damals bewegt hat, wo sie am 9. November waren, was sie dachten, fühlten und erlebt haben. Das zeigt einfach: Die Geschichte brodelt und qualmt noch.

Auch in meinem Leben waren Mauerbau und Mauerfall zwei einschneidend prägende und unvergessliche Erlebnisse. Ich wollte es mir in diesen Tagen eigentlich verkneifen, darüber zu reden – habe es auch überall getan –, aber hierher passt es irgendwie; denn den Bau der Mauer habe ich in Baden-Württemberg erlebt, in Hemsbach an der Bergstraße. Wie jedes Jahr zuvor verbrachte ich dort bei meiner Großmutter einen Teil meiner Schulferien. Mein Vater kam, um mich abzuholen. Doch diesmal war es anders. An einem Sonntag im August 1961 nahm er mich mit in den Dorfgasthof. In der Ecke lief ein Schwarz-Weiß-Fernseher mit bedrohlichen Bildern, die nach Krieg aussahen. Die aufgebrachten Männer sprachen vom Russen, der jetzt Berlin einnehmen wird, und vom Ami, der sich das nicht gefallen lässt.

Danach bin ich mit meinem bestürzten Vater wochenlang durch Baden-Württemberg gereist, nach Ulm, Bruchsal, Konstanz, Bad Mergentheim, Tübingen und Stuttgart. Er hatte hier ab 1927 nach

seiner Schusterlehre als Berufssoldat unter Erwin Rommel gedient und, wie er sagte, noch viele alte Kameraden. Sie alle rieten ihm ab, in die DDR zurückzufahren. Er sollte abwarten, wie sich die Sache entwickelt, und nicht in die Falle gehen.

Letztlich war es mein dringender Wunsch, nach Sachsen zu meiner Mutter und meiner Schwester zurückzukehren. Mitte September fuhren wir dann in einem völlig leeren Interzonenzug zurück nach Leipzig, voll bepackt mit Westproviand für die nächsten Jahre. Das Bild ist mir deswegen noch so in Erinnerung, weil die Züge in den Westen übervoll waren und ich auf der Hinfahrt die ganze Zeit im eng gedrängten Gang auf dem Koffer sitzen musste. Die Grenzpolizisten waren total verwundert und betrachteten uns wie Aliens. Es war eine verblüffende Bewegung gegen den Strom.

Wenige Jahre später starb der Bruder meines Vaters, mein Onkel Karl, der eine Metzgerei in Weinheim hatte, dann seine Schwester, meine Patentante Paula. Es war die Zeit der völligen Abschottung, in der es selbst für Beerdigungen keine Besuchsreisen gab.

Im Sommer 1966 wurde meine Schwester bei versuchter Republikflucht in Ungarn verhaftet; das Paneuropäische Picknick lag noch in weiter Ferne. Die Ungarn sperrten den West-Cousin, der die Flucht organisieren wollte, ins Gefängnis und konfiszierten sein Auto. Meine Schwester brachte Monate später ein Kind in Untersuchungshaft zur Welt, kam frei, weil mein Schwager alles auf sich nahm und dafür acht Jahre Zuchthaus erhielt.

Mein Vater ist davon krank geworden und frühzeitig während meiner Abiturprüfung 1968 gestorben. Später starben meine Großmutter und andere Verwandte. Erst ab 1990 konnte ich deren Gräber aufsuchen.

Das ist nur ein kleines Beispiel von den Tausenden – mein persönliches –, wie Familien zerrissen wurden. Mich hat das und die Niederschlagung des Prager Frühlings damals in die Opposition getrieben.

Die Erinnerung an die Mauer verblasst. Für Jugendliche, welche heute die Mauerreste in Berlin suchen, scheint die Teilungsgeschichte so weit zurückzuliegen wie die Reste von Pompeji. Das belegen Umfragen, aber auch eine bezeichnende Episode:

Eine Bundestagsbesuchergruppe – Schüler aus Bayern; aber sie hätten auch aus jedem anderen Bundesland kommen können, auch aus Ostdeutschland – fragte mich, wo denn früher mal die Mauer stand. Das kann man am Reichstag nur noch anhand von Pflastersteinen erkennen, die im Boden eingelassen sind. Daraufhin kam prompt die Frage, warum denn der Bundestag so nah an die Mauer gebaut wurde. Die Mauer ist weg und hat zum Glück ihren Schrecken verloren. Wir müssen allerdings aufpassen, dass der Todesstreifen nicht zur Berliner Eventmeile mit Kunst- und Lichtinstallationen mutiert und im Nachhinein nur noch als bunte Graffitiwand oder East Side Gallery erscheint, in deren rostiger Armierung – im Kontrast zur Scheidungsquote – heute die allseits beliebten, ansonsten Brücken und Geländer beschwerenden Treueschlösser hängen. Wichtig für eine lebendige Erinnerung und konsequente Erinnerungskultur bleibt eine politische Öffentlichkeit, die sich erinnern will.

Wir müssen das Wort von der Unglaublichkeit des Mauerbaus ernst nehmen. Ansonsten wird schon bald niemand mehr glauben, dass so etwas inmitten einer Großstadt errichtet wurde. Ulbrichts Jahrhundertlüge, niemand habe die Absicht, eine Mauer zu bauen, hat bereits die satirische Fortsetzung gefunden: Niemand habe die Absicht, einen Flughafen zu eröffnen. Aber Sie können hier auch „Bahnhof“ einsetzen, wenn Sie wollen.

Hegel hat behauptet, dass sich jede historische Konstellation zweimal ereignet. Das ist mir durch den Kopf gegangen, als ich gelesen habe, dass die Verteidiger von Rastatt – Sie haben es angesprochen, Herr Landtagspräsident –, die für die erste deutsche Verfassung kämpften, hier in der Nähe 1849 den anrückenden preußischen Truppen entgegenriefen: „Wir sind das Volk!“ Doch der König von Preußen befahl: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten.“

Was 1848/1849 scheiterte, gelang 1989: eine friedliche Revolution für Freiheit und Einheit. Es war ein langer Weg von der Frankfurter Paulskirche bis zur Leipziger Nikolaikirche für die parlamentarische Demokratie. Dem Geschichtsverlauf gerecht werdend müsste es in unserer Nationalhymne eigentlich lauten: Freiheit und Recht und Einigkeit sind des Glückes Unterpfand. Noch besser wäre eine neue Hymne in der Verbindung von Brecht und Beethovens „Ode an die Freude“ gewesen, eine Melodie, die immerhin bis 1960 die Hymne der gemeinsamen Olympiamannschaft war.

Noch ist der Ruf „Wir sind das Volk!“, dieser Anspruch auf direkte Demokratie, nicht erfüllt, ist die im Grundgesetz verbrieftete Machtausübung des Souveräns durch Wahlen und Abstimmungen im Bund nicht verwirklicht. Es ist nicht nur Politikverdrossenheit, wenn viele nicht zur Wahl gehen. Oft ist es auch die unproblematische Form des Egalseins, wenn man nur alle vier Jahre zwei Kreuze machen darf und ansonsten nicht gefragt wird.

Das euphorische Glücksgefühl des Mauerfalls konnte nicht von Dauer sein. 25 Jahre danach lässt sich die Lage der Nation mit drei Worten beschreiben: deutsch, aber glücklich.

Wir haben Erstaunliches erreicht. Mit enormer finanzieller und personeller Unterstützung aus den alten Bundesländern ist in

Ostdeutschland ein nationales Aufbauwerk entstanden. In der DDR hieß das mal NAW und bestand am Ende nur noch aus unbezahlter Arbeit für den Bezug einer Plattenbauwohnung. „Ruinen schaffen ohne Waffen“, lautete die sarkastische Beschreibung des Städteverfalls. Mit dem Aufbau Ost sind zum Glück ganze Stadtquartiere dem Tod von der Schippe gesprungen.

Obwohl es noch immer Defizite und Probleme gibt und etliche es nicht wahrhaben wollen, hat sich längst ein zweites Wirtschaftswunder angebahnt, hat sich die Erkenntnis verbreitet, dass es in Deutschland auch weitere Regionen gibt, die vieles können außer Hochdeutsch.

Vielleicht erklärt sich die ostdeutsche Skepsis mit der Eigenart, den Erfolg oder Gelungenes mit dem Spruch „Da kannst du nicht meckern“ zu kommentieren – ein übrigens weit verbreitetes Phänomen. Eine kürzlich erfolgte internationale Umfrage hat ausgewiesen, dass Deutschland mittlerweile das beliebteste Land der Welt ist. Aber wir suchen immer noch das Haar in der deutschen Suppe. Und wenn wir keines finden, schütteln wir so lange den Kopf, bis eines hineinfällt.

Vielleicht liegt es aber auch an der diffusen Zielbeschreibung von der Vollendung der inneren Einheit; denn das klingt wie Novalis' Suche nach der blauen Blume der Romantik. Die Einheit existiert doch. Die viel zitierte Mauer in den Köpfen ist oft nur das Brett davor. Anstatt ständig unsere Einheit zu suchen und zu beschwören, sollten wir lieber unsere Freiheit in Vielfalt feiern. Oder salopp gesagt: Dort, wo früher nur Schrippen im Angebot waren, sind heute auch Wecken gefragt und tun wir gut daran, unsere kulturelle Vielfalt nicht im kleinkarierten Ost-West-Streit zu versammeln.

Ich kann nicht bestätigen, dass wir Ostdeutschen vom Paradies träumten und in Nordrhein-Westfalen aufwachten. Das wäre im Übrigen keine schlechte Gegend gewesen, um auf den Boden der Tatsachen zu kommen. Heute erinnert der Zustand der Infrastruktur dort mancherorts eher an die DDR, hat der Verlegenheitsbegriff der

neuen Länder einen anschaulichen Sinn bekommen, und der Soli sollte – falls wir ihn behalten – künftig nach regionaler Bedürftigkeit vergeben werden.

Aus der Geschichte zu lernen heißt heute, den Mut und die Kraft aufzubringen, da, wo Diktatur, Unterdrückung und Willkür herrschen, den Beherrschten zu helfen, Mauern einzureißen, damit Menschen in Frieden und Freiheit leben können, und in Europa dafür zu sorgen, dass bis hin zur Ostukraine keine neue Mauern entstehen.

Uns droht kein kalter Krieg – eher ein Kältekrieg, wenn man Putins Strategie „Was ist die NATO-Osterweiterung gegen die Westausdehnung von Gazprom?“ begreift. Deswegen brauchen wir dringend eine europäische Energiepolitik, die uns aus Abhängigkeitszwängen befreit und auf alternative Energien und rationelle Energieanwendung setzt.

Wir haben schmerzhaft Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung, haben Millionen Vertriebene aufgenommen, haben Zeiten erlebt, in denen Schleuser und Schlepper noch Fluchthelfer hießen. Angesichts der abscheulichen Brutalität, mit der Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden, ist es eine Sache der Barmherzigkeit und Nächstenliebe, noch mehr Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen und zudem für eine bessere und angemessene Verteilung in der EU und künftigen Beitrittsländern zu sorgen.

Aber was ist das für eine heldenhafte Tat, pseudohumanitäre Begründung und makabre Geschichtsverdrehung, wenn man die Kreuze von Mauertoten entwendet, um sie an den Außengrenzen der EU aufzustellen? Bei allem Verständnis für Protest zum Umgang mit Flüchtlingen: Die Grenzpolizei der EU hat keinen Schieß-, sondern einen Hilfsbefehl.

Kants Traum vom ewigen Frieden hat sich mit dem Mauerfall – trotz aller Hoffnungen, tatsächlicher Möglichkeiten und Vereinbarungen – nicht erfüllt; im Gegenteil. Die Generation des „Nach-Mauer-Falls“

stößt heute auf neue Probleme und Herausforderungen. Die Welt scheint mit unfassbarem Terror, neuen Kriegen und Seuchen aus den Fugen zu geraten.

Bald feiern wir 25 Jahre deutsche Einheit. In dieser Zeit haben wir uns stärker und schneller in Richtung europäische Zukunft bewegt, als wir das im Alltag spüren. Jetzt muss sich der Zusammenhalt der Nation im europäischen Kontext bewähren, geht es um größere Verantwortung in der Welt. Darum müssen wir die großen Erzählungen wachhalten und einen tragfähigen Gesellschaftsentwurf entwickeln. Denn unsere deutsch-deutsche Erfahrung, dass die Teilung durch Teilen überwunden werden konnte, hat eine europäische, eine globale Dimension bekommen.

Ich danke Ihnen.

Fotoimpressionen



Gedenkveranstaltung anlässlich des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer im Plenarsaal im Kunstgebäude in Stuttgart.

Der Bürgerrechtler Werner Schulz (am Rednerpult) hält die Festansprache.





Im Gespräch (vordere Reihe v. li.): Festredner Werner Schulz, Landtagspräsident Guido Wolf MdL und Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL.

Verleiht der Gedenkveranstaltung einen stimmungsvollen musikalischen Rahmen:
die am 11. November 1989 geborene Pianistin Mahela Reichstatt.



1950 leistete ein damals 20-jähriger Student in seiner sächsischen Heimat Widerstand gegen die Menschenrechtsverletzungen des DDR-Regimes. In der Folge wurde er aus seinem Alltag heraus von der Staatssicherheit verhaftet, an die Rote Armee ausgeliefert, wegen „antisowjetischer Hetze“ zunächst zum Tode verurteilt, dann zu dreimal 25 Jahren Arbeits- und Besserungslager „begnadigt“ und ins russische Arbeitslager nach Workuta verschleppt. Nach drei Jahren Sklavenarbeit entließ man ihn in die Bundesrepublik.

Im Anschluss an die Gedenkfeier schildert der heute in Karlsruhe lebende Dr. Martin Hoffmann (vorne im Bild) im Gespräch mit einer Schülergruppe der Kaufmännischen Schule Heidenheim seine Lebens- und Leidenserfahrungen als Widerstandskämpfer in der DDR.

